

Kantone gehen aufs Ganze

Gesundheitsfinanzierung Ambulante und stationäre Leistungen sollen gleich finanziert werden. Doch das ist der einzige Konsens.

Das Ärgernis ist ebenso alt wie teuer: Dass ambulante medizinische Leistungen vollständig von den Krankenversicherungen übernommen werden, stationäre jedoch zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen und höchstens zu 45 Prozent von den Versicherten, sorgt für Fehlanreize. In Zahlen: Rund eine Milliarde Franken pro Jahr könnte eingespart werden, wenn der Entscheid über die adäquate Behandlung der Patienten nicht auch durch divergierende Interessen der Leistungserbringer und -finanzierer beeinflusst würde.

Das will die Gesundheitskommission des Nationalrats ändern. Sie hat jüngst die Vernehmlassung über die Einführung der einheitlichen Finanzierung eröffnet. Und siehe da: Auch die Kantone sind nun dafür zu haben.

Aber nicht so, wie die Kommission es will. Thomas Heiniger, Präsident der Konferenz der Gesundheitsdirektoren (GDK), sagt: «Wir wollen nicht einfach Steuergelder zu den Versicherungen verschieben, ohne dass die Kosten gedämpft werden.»

Auch Langzeitpflege und Spitex einbeziehen

Die GDK stellt denn auch harte Bedingungen für ein neues Finanzierungsmodell. Punkt eins: Wenn die Kantone den ambulanten Bereich schon mitfinanzieren sollen, wollen sie ihn auch steuern. Punkt zwei: Das neue Finanzierungsmodell soll nicht nur ambulante-stationär erfassen, sondern auch Langzeitversorgung und Spitex. Punkt drei: Kosten darf das Ganze unter dem Strich nicht mehr als heute.

Die Haltung der Kantone enttäuscht die übrigen Akteure: «Es sitzen nun alle am Tisch. Dass sich die Kantone nicht dazusetzen, können wir nicht verstehen», sagt Curafutura-Direktor Pius Zängerle. Dies, nachdem sich die Krankenversicherungsverbände Curafutura und Santé-suisse, die Verbindung Schweizer Ärzte, der Apothekerverband, Konsumenten- und Patientenschützer und weitere zusammengerauft haben. Zängerle lässt erstens das Argument der blossen Geldverschiebung nicht gelten, «weil es schlicht nicht zutrifft». Zweitens werde das Fuder mit dem Einbezug von Langzeitpflege und Spitex überladen. «Wir halten den Platz für die Kantone am Tisch aber frei», betont er.

Balz Bruder